

We, The People: Rezension zu "The People, No: A Brief History of Anti-Populism" von Thomas Frank

Meyer, Jan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meyer, J. (2020). We, The People: Rezension zu "The People, No: A Brief History of Anti-Populism" von Thomas Frank. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82778-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

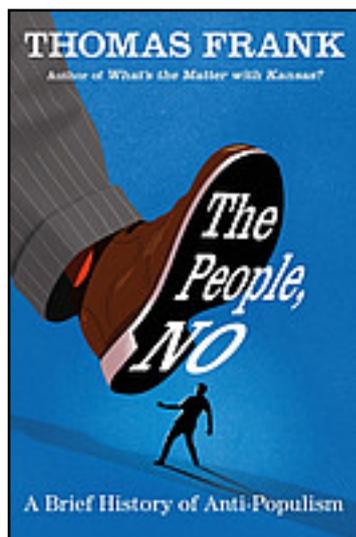
Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Jan Meyer | Rezension | 02.11.2020

We, The People

Rezension zu „The People, No. A Brief History of Anti-Populism“ von Thomas Frank



Thomas Frank
The People, No . A Brief History of Anti-Populism

USA

New York City 2020: Metropolitan Books

S. 320, \$ 26.99

ISBN 9781250220110

“You know, to just be grossly generalistic, you could put half of Trump’s supporters into what I call the basket of deplorables.”¹ Als Hillary Clinton diese Worte auf einer Fundraising-Veranstaltung ihrer Präsidentschaftskampagne vor Vertreter_innen der LGBTQ-Community in New York sprach, konnte sie sich der zustimmenden Reaktion ihres Publikums sicher sein. Spätestens Clintons Niederlage am Wahlabend im November 2016 nährte jedoch Zweifel, ob sich der Rechtspopulismus durch Diskreditierung seiner Anhängerschaft und moralische Appelle an die eigene Basis bezwingen lassen würde.² Wie in der Politik sind auch in der politischen Theorie abwertende Äußerungen gegenüber weiten Teilen des *demos* durchaus üblich: So hat Philip Manow kürzlich den Populismus auf eine Wiederkehr des Verdrängten, nämlich des pejorativ so bezeichneten „Pöbels“ zurückgeführt.³

In seinem Buch *The People, No. A Brief History of Anti-Populism* vertritt der US-Amerikanische Publizist und Historiker Thomas Frank eine These, die provokant ist, aber durch Äußerungen wie die von Hillary Clinton Unterstützung erfährt: Es gebe, so Frank, in den USA eine lange, bis heute wirkmächtige Tradition des liberalen⁴ Antipopulismus, der

dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität misstrauere. Denn die ablehnende Haltung der gesellschaftlichen Eliten gegenüber populistischen Bewegungen subbürgerlicher Klassen sei gerade nicht Ausdruck der Sorge um die Betroffenen von Rassismus, Antisemitismus, Misogynie oder anderen Diskriminierungen, sondern gründe in einer Angst vor der Demokratie (*democracy scare*), durch die die Elite ihre politische Macht und ökonomischen Privilegien infrage gestellt sehe.

Franks originärer Beitrag zur aktuellen Debatte liegt nun vor allem in einer Historisierung des derart charakterisierten Antipopulismus in den USA. Dabei beschreibt er eine folgenschwere Wandlung: Sei der Populismus noch bis zur Bürgerrechtsbewegung 1968 ein zentrales Element linker Politik gewesen, hätte in den 50er- und 60er-Jahren ein Entfremdungsprozess liberaler Eliten beziehungsweise der Demokratischen Partei von der *working class* eingesetzt. Das Resultat dieser Entwicklungen hat Frank bereits in seinem 2004 erschienenen Buch *What's the Matter with Kansas?*⁵ dargelegt: Die *working class* schließe sich einer immer weiter nach rechts driftenden Republikanischen Partei an, deren konservative Kulturpolitik sie befürworte.

Diesen Tendenzen entgegen verfolgt Frank das Ziel, den Populismus zu rehabilitieren und die Argumente des Antipopulismus als gegenstandslos zu entlarven. Indem er mittels einer historischen Analyse den „ursprünglichen“ linken Begriff des Populismus freilegt, möchte er seiner heute dominierenden Identifizierung mit der politischen Rechten entgegenwirken und ihn so für die politische Linke der Gegenwart fruchtbar machen.⁶ Denn der Populismus ist in seinen Augen keine Bedrohung für die Demokratie, sondern eine notwendige Voraussetzung weitreichender sozialer Reformen, die es nicht zuletzt ermöglichen würden, ökonomische Gleichheit gegenüber kulturellen Fragen zu priorisieren. *The People, No* kann man so als Plädoyer für einen linken Populismus mit dem Ziel einer „multiracial economic democracy“ (S. 204) lesen, wobei Frank Demokratie im Sinne Lincolns als Regierung *of the people, by the people, for the people versteht* (S. 1 f.).

Die Geschichte des US-amerikanischen Antipopulismus beginnt für Frank im Jahr 1896 mit der Demokratischen Präsidentschaftskandidatur von William Jennings Bryan, der gemeinsam mit der Bewegung der *Populists* einen klassenpolitisch orientierten Wahlkampf führte. Gegen seine Kandidatur formierte sich eine breite Allianz von *business interests*, konservativen Politikern, Journalisten und akademischen Eliten, die seine Wahl zu verhindern suchten (S. 59). In zahlreichen Satiremagazinen und Zeitungen wurden der Kandidat und seine Anhängerschaft mit abwertenden Attributen belegt und in Abgrenzung zu den vermeintlich respektablen gebildeten Eliten kultureller Verdorbenheit bezichtigt (S.

63). Für diese Eliten habe der größte Fehler der Populisten darin bestanden, überhaupt Vertrauen in die rationalen Fähigkeiten der Bevölkerung zu setzen (S. 70). Der Vorwurf des „Antipluralismus“, auf den Frank im Vorgriff auf gegenwärtige Debatten verweist, sei damals jedoch noch nicht erhoben worden, da es vielmehr die antipopulistischen Kräfte um die *Bourbon Democrats* gewesen seien, die sich für Rassentrennung eingesetzt und ihre politische und ökonomische Vorherrschaft gegen die vermeintliche Bedrohung einer ethnienübergreifenden Klassenbewegung verteidigt hätten (S. 42 f.).

Eine ähnliche Konfliktkonstellation arbeitet Frank für die Amtszeit Franklin D. Roosevelts (1933–1945) heraus, den er aufgrund seiner Sozialpolitik und seines Vertrauens in die *ordinary people* ebenfalls in der populistischen Tradition verortet (S. 87). Die antipopulistische Reaktion, die sich vor allem um die großen Unternehmensverbände formierte, wertet Frank als direkten Angriff auf die demokratisch gewählte Regierung (S. 121). Erneut habe dabei eine Mischung aus verächtlicher Rhetorik und Diskreditierung der rationalen Fähigkeiten der *working class* die Kampagne bestimmt. Sie gipfelte in Vorschlägen wie dem des Ökonomen Thomas Nixon Carver, der anregte, die vermeintliche politische Vorherrschaft der *working class* durch Sterilisierung zu brechen (S. 127 ff.).

Obwohl Roosevelts wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften im Fortgang weitgehend anerkannt wurden, zeigt Frank, wie der Antipopulismus in den 1950er- und 60er-Jahren in liberalen Intellektuellenkreisen an Zustimmung gewann. Die Zeit des „liberalen Konsens“, die in den 1950ern vor dem Hintergrund einer wachsenden Mittelschicht angebrochen war (S. 148 f.), führte die akademische Eliten zu der weitgehend geteilten Ansicht, dass Massenbewegungen nicht zu trauen sei und Reformen nur erfolgreich sein könnten, wenn sie von oben, durch politische Experten initiiert würden (S. 157 f.). In diesem Sinne brachten sie Frank zufolge auch das Repräsentativsystem der US-amerikanischen Demokratie gegen eine mögliche „tyrannische“ Mehrheit in Stellung – schließlich agierten Repräsentant_innen im Gegensatz zu ihren Wähler_innen vermeintlich „professionell“ (S. 151). Damit einher ging auch der gegen den Populismus gerichtete Vorwurf des Traditionalismus und Autoritarismus (S. 147 f.), für den liberale Intellektuelle wie Richard Hofstadter federführend gewesen seien. Sie sahen in der *working class* immer weniger eine Trägerin sozio-ökonomischer Interessen als einen Hort von Nationalismus und Antisemitismus (S. 154 ff.) – ein Standpunkt, den Seymour Martin Lipsets in seiner Formel des *working class authoritarianism* verdichtete (S. 163 f.). Damit stellte der „liberale Konsens“ einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des US-amerikanischen Antipopulismus dar: Während sich Konservative allmählich eine populistische Rhetorik aneigneten, setzte sich bei den Linksliberalen zunehmend ein antipopulistisches

Politikverständnis durch.

Die linkspopulistische Bürgerrechtsbewegung spitzte diese Entwicklung in Franks Augen zu. Der wachsende Einfluss der um 1968 politisierten Studierenden in der Demokratischen Partei bedingt für ihn die endgültige Übernahme selbiger durch akademische Eliten. Es sei die Überzeugung dieser neuen post-68er Elite gewesen, dass gesellschaftlicher Fortschritt nur von gebildeten Menschen wie ihnen – und nicht von der *working class* – ausgehen könne: Demokratie wurde folglich als ein „system for enlightened people like them“ begriffen (S. 186 ff.). Anstatt sozialpolitische Themen zu verfolgen, rechtfertigte die Partei seither unter dem Motto „*learning class* statt *working class*“ (S. 225) die ökonomischen Privilegien der Wohlhabenden und die politische Dominanz der Gebildeten (S. 242).

Wenn zudem im Zuge der Präsidentschaftskampagne Hillary Clintons die „einfachen Leute“ für ihren Lebensstil und ihre überholten Ansichten getadelt (S. 240), anstatt als Adressat_innen politischer Programme und potenzielle Wähler_innen ernst genommen würden, rückten, so Frank, linke politische Mehrheiten in weite Ferne (S. 236 f.). Die abwertende Bezeichnung der Trump-Wählerschaft als „irredeemables“ habe sich so als selbst erfüllende Prophezeiung erwiesen: Die linksliberale Arroganz verfestige nur die Sturheit der Anhänger_innen Trumps und könnte dem Präsidenten so trotz seiner Verfehlungen zu einer zweiten Amtszeit verhelfen (S. 240).

Im Gegensatz zu den liberalen Demokraten sieht Frank in der ethnienübergreifenden Bewegung des historischen Linkspopulismus eine politische Tradition, an die es im Kampf gegen die Rechten anzuknüpfen gelte. Eine vielversprechende Entwicklung zeichne sich etwa in der Demokratischen Partei ab: Die erstarkende Parteilinke und die Präsidentschaftskampagnen von Bernie Sanders hätten ökonomischen Positionen, die die breite Masse der Bevölkerung begünstigten, wieder größeren Einfluss verschafft (S. 254 f.).

Als dezidiert *politisches* Buch ist *The People, No* nicht frei von polemischen Zuspitzungen und rhetorischen Vereinfachungen. Methodik und Systematik der Studie entsprechen nicht unbedingt den Gepflogenheiten akademischer Literatur: Im Stil eines journalistischen Kommentars fügt Frank collagenartig die Geschichte des Populismus, die antipopulistischen Gegenreaktionen, Beobachtungen zum heutigen Verhältnis von Populismus und Antipopulismus sowie seine eigenen Schlussfolgerungen zusammen. Manche These, wie die Zurückführung des fehlenden Interesses liberaler Eliten an der *working class* auf bloßen Egoismus (S. 233), erscheint gewagt. Derartige Polemik fällt besonders ins Gewicht, weil es Franks Elitenbegriff an Differenzierung mangelt: Er umfasst unternehmerische und

parteipolitische Eliten ebenso wie die gebildeten Bewohner_innen von Groß- und Vorstädten. Damit provoziert Frank den Vorwurf, eher ressentimentgeladen denn analytisch zu argumentieren. Darüber hinaus ist die Existenz einer breiten *transracial alliance* des Populismus in den 1890er-Jahren ebenso zu bezweifeln wie dessen antirassistischer Charakter. Zwar ist Frank selbst in dieser Hinsicht auf Vorsicht und Relativierung bedacht (S. 45), aber er macht die Annahme, dass es eine solche Allianz gegeben habe, zu einer zentralen Komponente seiner pro-populistischen Argumentation.

Trotz dieser Mängel ist Frank ein beachtenswerter Versuch der Rehabilitierung des rufgeschädigten Populismus gelungen. Durch die dramaturgisch geschickte Inszenierung antipopulistischer Äußerungen vermag er zu illustrieren, in welchem Maße diese vom normativen demokratischen Ideal der Regierung *of the people, by the people, for the people* abweichen. Dabei ist die Schärfe und Vehemenz, mit der viele einflussreiche konservative wie liberale Politiker_innen und Wissenschaftler_innen die kognitiven Fähigkeiten der *ordinary people* infrage stellen, bemerkenswert. Franks Appell, Bürger_innen nicht einfach zu diskreditieren, sondern sie als politische Subjekte wahrzunehmen, sollten sich all jene zu Herzen nehmen, die vorgeben, die Demokratie vor rechten Tendenzen schützen zu wollen. Sein Buch ist damit nicht nur für die politische Lage in den USA von Relevanz, sondern auch im Hinblick auf Europa, wo das Verhältnis zwischen linken Parteien und ehemaligen proletarischen Stammwähler_innen von einem ähnlichen Entfremdungsprozess geprägt ist.⁷ Und auch die akademische Populismus-Diskussion kann von Franks kritischer Reflexion sowohl der antipopulistischen Impulse etablierter Parteien als auch der fragwürdigen Rolle von Akademiker_innen selbst nur profitieren.

In welcher Hinsicht der Antipopulismus die Demokratie wirklich gefährdet, vermag Frank jedoch meines Erachtens nur ansatzweise zu zeigen. Denn Liberale wie William Galston, die Frank dafür kritisiert, dass sie die liberale Demokratie nicht allein durch das Prinzip der Volkssouveränität legitimiert sehen (S. 241), treffen damit eigentlich deren Kern: Liberale Demokratie besteht gerade aus der Vermittlung zwischen Volkssouveränität und individuellen Freiheitsrechten – und beschränkt erstere damit notwendigerweise. Daraus folgt, dass die liberale Demokratie gleichsam strukturell unter einem antipopulistischen Demokratiedefizit leidet. Frank verweist auf die parlamentarische Repräsentation, die im Sinne der Antipopulisten gewährleistet, dass politische Entscheidungen durch gebildete Eliten getroffen werden. Nimmt man diesen Gedanken ernst, wären es nicht allein die abgehobenen, egoistischen Eliten, sondern auch die institutionellen Strukturen, die die Volkssouveränität über das zur Wahrung der Freiheitsrechte notwendige Maß hinaus

einschränken, indem sie den „Pöbel“ ausschließen. Eine solche Perspektive, die eine Kritik der politischen Eliten um eine Kritik an den demokratischen Defiziten des institutionellen Systems liberaler Demokratien erweitert, könnte dazu beitragen, den Vorwurf zu entschärfen, Frank rede einer ressentimentgeladenen Elitenkritik das Wort.

Endnoten

1. Zit. nach Katie Reilly, [Read Hillary Clinton's 'Basket of Deplorables' Remarks About Donald Trump Supporters](#), in: Time, 10.9.2016 [letzter Zugriff 28.10.2020].
2. Siehe Dirk Jörke / Veith Selk, Der hilflose Antipopulismus, in: Leviathan 43 (2015), 5, S. 484–500.
3. Philip Manow, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin 2020, S. 51.
4. Hierbei ist zu beachten, dass das amerikanische *liberal*, ob als Nomen oder Adjektiv, von der Bedeutung des Wortes im Deutschen abweicht. *Liberals* sind nicht die Verfechter_innen eines schlanken Staates bei größtmöglicher individueller (politischer *und* unternehmerischer) Freiheit, sondern man würde sie im Deutschen eher als *progressiv* oder auch *sozialdemokratisch* bezeichnen. Dazu zählen sowohl sozialpolitische und Bürgerrechtsaktivisten_innen, progressive Beamt_innen und Stadtplaner_innen sowie Gewerkschaftler_innen, siehe Jonathan Bell / Timothy Stanley, Introduction, in: dies. (Hg.), Making Sense of American Liberalism, Urbana [u.a.] 2012, S. 1–16, hier S. 1.
5. Deutsche Übersetzung: Thomas Frank, Was ist mit Kansas los? Wie die Konservativen das Herz von Amerika eroberten, Berlin 2005.
6. Hierbei folgt er, wie er selbst erklärt, weitgehend den Darstellungen von Christopher Lasch und Michael Kazin; siehe Michael Kazin, The Populist Persuasion. An American History, Ithaca [u.a.] 1998; Christopher Lasch, The True and Only Heaven. Progress and Its Critics, New York [u.a.] 1991.
7. Die keineswegs neue These vertritt auch Didier Eribon, Rückkehr nach Reims, Berlin 2016.

Jan Meyer

Jan Meyer ist Promotionsstipendiat am Arbeitsbereich „Politische Theorie und Ideengeschichte“ der Technischen Universität Darmstadt. In dem von der Gerda Henkel Stiftung geförderten Projekt „Der Blick nach unten“ forscht er zu politischen Institutionen

in der Geschichte liberaler Theorien der Demokratie im Kontext sozialer Konflikte.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Hannah Schmidt-Ott, Jakob Borchers.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/we-the-people.html>